

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2016

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DES EUROPARATS**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	4
	2. Ziele	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	7
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).....	8
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2016	8
	1. Neue Geschäftsordnung des Landtags	8
	2. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung	9
	2.1 Wintersession vom 25. bis 29. Januar 2016.....	10
	2.2 Frühjahrsession vom 18. bis 22. April 2016.....	16
	2.3 Sommersession vom 20. bis 24. Juni 2016.....	22
	2.4 Herbstsession vom 10. bis 15. Oktober 2016	28
V.	Reisekosten und Taggelder der Delegation	34
VI.	Generelle Ausführungen	34
	1. Zusammenarbeit	34
	2. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission	34
	3. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT).....	34
VII.	Schlusswort und Antrag	35

I. Einleitung

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im Folgenden über ihre Tätigkeit während der 66. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Jahr 2016, welche wiederum in vier Teilsessionen in Strassburg tagte.

II. Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im Landtag an der Eröffnungssitzung vom 21. Januar 2016 für die verbleibende Mandatsdauer neu gewählt. Sie setzte sich wie folgt zusammen:

- Abg. Rainer Gopp, Delegationsleiter
- Abg. Judith Oehri, Mitglied
- Abg. Karin Rüdissler-Quaderer, Ersatzmitglied
- Stv. Abg. Hubert Lampert, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

III. Allgemeines zur Institution Europarat

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

Der Europarat umfasst 47 Mitgliedstaaten. Liechtenstein wurde als 21. Mitglied am 23. November 1978 in den Europarat aufgenommen. Im Jahr 2007 trat, als bis dato jüngstes Mitglied, Montenegro dem Europarat bei. Kanada, Israel und Mexiko haben einen sogenannten Beobachterstatus bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PV). Einen weiteren «Status» kennt die PV seit dem Jahr 2011. Folgende Staaten sind sogenannte «Partner für Demokratie»: Marokko, der palästinensische Nationalkongress, Kirgisistan und nun neu seit dem 26. Januar 2016 auch Jordanien. Sie profitieren so vom Europarat in vielerlei Hinsicht – insbesondere hilft der Europarat mit, ihre demokratischen Strukturen zu stärken bzw. auf-/auszubauen.

Der Europarat wird oftmals mit der Europäischen Union (EU) verwechselt. Diese beiden Organisationen verfolgen aber komplett unterschiedliche Zielrichtungen und sind auch anders organisiert. Sämtliche 28 Staaten der EU sind aber ordentliche Mitglieder des Europarats. Hauptsitz des Europarats ist Strassburg, während jener der EU Brüssel ist.

1. Entstehung und Zusammensetzung

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 47 pluralistische Demokratien – darunter 22 mittel- und osteuropäische Staaten – und hat seinen ständigen Sitz im Europa-Palais in Strassburg. Diese erste supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 800 Millionen Menschen.

2. Ziele

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz, u.a.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

Die PV setzt sich stark im Bereich der Wahl- und Vorwahlbeobachtungen ein, erstellt Berichte und verfasst Entschliessungen und Empfehlungen zu unterschiedlichsten Themen zuhanden des Ministerrats des Europarats.

3. Die wichtigsten Organe des Europarats

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das Ministerkomitee – sozusagen der verlängerte Arm der einzelnen Regierungen im Europarat – ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten bzw. deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der PV und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und den Etat des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungs austausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Im Berichtsjahr hatten folgende Länder den Vorsitz: Bulgarien (November 2015 bis Mai 2016), Estland (Mai bis November 2016) sowie Zypern (November 2016 bis Mai 2017).

Die Parlamentarische Versammlung (PV) ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente. Sie war die erste paneuropäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Die Parlamentarier können durch Beschlüsse bzw. Entschliessungen in der PV durchaus Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in

den einzelnen Fachkomitees der PV ist äusserst wichtig, da dort die eigentliche Arbeit zu Handen der PV geleistet wird. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen. Die Kommunikation ins Parlament bzw. in die Regierung ist jedoch auch mangels geeigneter struktureller bzw. organisatorischer Einrichtungen schwierig. Dies ist zwar nicht nur in Liechtenstein der Fall, dennoch empfiehlt die Delegation, dass gerade Aktuelles bzw. Anstehendes verstärkt zwischen Regierung und Landtag bzw. der Delegation ausgetauscht wird. Es ist leider in den meisten Staaten der Fall, dass ein grundsätzliches Kommunikationsproblem zwischen den nationalen und den supranationalen Parlamenten besteht.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 648 Mitgliedern, davon 324 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern, was gemäss Statuten das Minimum darstellt. Es darf hier aber festgehalten werden, dass Liechtenstein im Verhältnis zur Grösse des Landes durchaus stark vertreten ist, vergleicht man dies mit den grossen Staaten wie Deutschland und Frankreich.

Die fünf politischen Gruppierungen der PV sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand von November 2016). Aufgrund unterschiedlicher Wahltermine in den einzelnen Ländern sind die untenstehenden Angaben entsprechenden Veränderungen unterworfen:

- Europäische Volkspartei – EPP/CD (191)
- Sozialisten – SOC (182)
- Europäische Konservative Gruppe – EC (85)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (82) - davon FL-Delegation (4)
- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (32)
- Parteiunabhängige – NR (33)

Die Parlamentarische Versammlung verfügt derzeit über neun Fachkomitees sowie zusätzliche 20 Unterkomitees:

- Committee on Political Affairs and Democracy (87 Sitze),
- Committee on Legal Affairs and Human Rights (86 Sitze),
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development (81 Sitze),
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons (81 Sitze),
- Committee on Culture, Science, Education and Media (81 Sitze),
- Committee on Equality and Non-Discrimination (81 Sitze),
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs (38 Sitze),

- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe (Monitoring Committee) (93 Sitze),
- Committee on the Election of Judges to the European Court of Human Rights (22 Sitze).

In den Fachkomitees werden die diversen Themen ausführlich behandelt – und wie erwähnt wird dort die Hauptarbeit in Bezug auf potenzielle Entschliessungen vollzogen. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Komitees darüber beraten. Die Komitees führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessionswochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Leider hat die liechtensteinische Delegation, aus budgetären und Personalressourcen-Gründen, nicht die Möglichkeit ausserhalb der Sessionen an entsprechenden Sitzungen der Fachkomitees teilzunehmen. Dies ist auch auf den Beschluss des Landtags zurückzuführen, dass auch während den Sessionen, wie vor 2013 üblich, alle vier Delegationsmitglieder einsetzbar sind sondern nur noch ein Minimal-Kontingent von deren zwei.

Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Komitees:

- | | |
|---|---|
| - Committee on Political Affairs and Democracy | Rainer Gopp
Hubert Lampert (Ersatz) |
| - Committee on Legal Affairs and Human Rights | Judith Oehri
Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz) |
| - Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development | Rainer Gopp
Hubert Lampert (Ersatz) |
| - Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons | Judith Oehri
Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz) |
| - Committee on Culture, Science, Education and Media | Hubert Lampert
Rainer Gopp (Ersatz) |
| - Committee on Equality and Non-Discrimination | Karin Rüdissler-Quaderer
Judith Oehri (Ersatz) |
| - Committee on Rules of Procedure, and Institutional Affairs | (keine Besetzung) |
| - Monitoring Committee | (keine Besetzung) |
| - Committee on the Election of Judges to the European Court of Human Rights | (keine Besetzung) |

Wie erwähnt ist eine Teilnahme aufgrund des Landtagsentscheids nur noch während den Sessionswochen möglich – und wegen zeitlichen Überschneidungen auch dann nicht komplett. Somit können sich die Delegationsmitglieder leider nur bedingt in die Arbeit in den Fachkomitees einbringen.

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt das Standing Committee, in welchem die Delegationsleiter neben den Mitgliedern des Bureaus sowie den Fraktions- und Fachkomiteevorsitzenden der politischen Gruppen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Das Standing Committee ist vergleichbar mit unserem Landesausschuss, der bekanntlich dringende Geschäfte in der Periode ausführt, in welcher der Landtag geschlossen ist. Der liechtensteinische Delegationsleiter hat aus den bereits oben genannten Gründen an keiner Sitzung des Standing Committee teilgenommen.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen als Nachfolger der ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress hält seine Plenarsitzungen zweimal jährlich im Europa-Palais in Strassburg ab. Die Parlamentarische Delegation ist hier nicht involviert.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2'000 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen durch den seit 1. Oktober 2009 amtierenden und im Jahr 2014 für weitere fünf Jahre wiedergewählten Generalsekretär Thorbjørn Jagland aus Norwegen.

4. Praktische Auswirkungen für Europa

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben.

Per 31.12.2016 existierten total 221 europäische Konventionen. Seitens Liechtensteins sieht die Situation wie folgt aus:

- 87 Konventionen sind unterschrieben und ratifiziert
- 8 Konventionen sind unterschrieben aber nicht ratifiziert
- 1 Konvention ist gekündigt
- 125 Konventionen sind weder unterschrieben noch ratifiziert

Am 9. Juni 2016 beriet der Landtag über das Übereinkommen des Europarats über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (Vertrag Nr. 127). Die Ratifizierung erfolgte am 22. August 2016. An seiner Sitzung vom 31. August 2016 beriet der Landtag das

Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (Vertrag Nr. 196). Am 19. September 2016 beriet der Landtag das Strafrechtsübereinkommen über Korruption vom 27. Januar 1999 (Vertrag Nr. 173) sowie das Zusatzprotokoll zum Strafrechtsübereinkommen über Korruption vom 15. Mai 2003 (Vertrag Nr. 191). Am 10. November 2016 hat Liechtenstein in Strassburg das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Vertrag Nr. 210), die sogenannte «Istanbul-Konvention», unterzeichnet. Am 1. Dezember 2016 beriet der Landtag das Europäische Übereinkommen über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit internationaler nichtstaatlicher Organisationen (Vertrag Nr. 124).

5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Diese selbstständige Organisation war und ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden – und dies ist der Berührungspunkt zur Parlamentarischen Versammlung – von dieser gewählt. Der Gerichtshof hatte infolge Arbeitsüberlastung dringende Reformen nötig. Ein wichtiger Schritt hierfür war die Inkraftsetzung von Protokoll 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Das Protokoll 14 enthält Massnahmen zur Effizienzsteigerung des Gerichtshofs wie die Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde durch einen Einzelrichter statt durch ein Dreiergremium. Auch die Einführung einer neuen Zulässigkeitsvoraussetzung trägt dazu bei, dass der Gerichtshof sich auf die Fälle konzentrieren kann, die wichtige Probleme im Bereich der Menschenrechte aufwerfen. Das Protokoll 14 konnte im Jahr 2010 in Kraft treten und hat dem Gerichtshof einige Erleichterung gebracht. Seit 2010 fanden verschiedene hochrangige Konferenzen über die Zukunft des Gerichtshofs statt. Dabei wurden Wege zur Gewährleistung der langfristigen Wirksamkeit der Konvention ermittelt. Diese Konferenzen führten insbesondere zur Annahme der Zusatzprotokolle 15 und 16 der Konvention. Ende 2016 gab es 79'750 anhängige Rechtssachen; 22,8% davon betrafen die Ukraine, 15,8% die Türkei und 11,2% Ungarn. Carlo Ranzoni ist seit dem 1. September 2015 der liechtensteinische Richter am Gerichtshof.

IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2016

1. Neue Geschäftsordnung des Landtags

Auch in diesem Jahr war es mit einer Zweierdelegation nicht möglich, eine breite Präsenz, insbesondere wie bereits erwähnt bei den Fachkomitee-Sitzungen, zu gewährleisten. Erfreulicherweise gab es 2016 keine Terminkollisionen mit dem Landtag – so dass an allen vier Sessionen teilgenommen werden konnte. Die Delegation möchte sich an dieser Stelle für die Bemühungen des Präsidiums und des Parlamentsdienstes herzlich bedanken. Seitens der Delegation ist zu hoffen, dass dieser Stand auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann.

2. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung

Während den Sessionswochen fallen nicht nur die Versammlungen im Plenum an, welches sich insgesamt neunmal in der Woche trifft. Jeweils zu fixen Zeiten finden ausserdem die Sitzungen der Fachkomitees sowie die Fraktionssitzungen der Parteien statt. In Zahlen ausgedrückt sind dies in einer Sessionswoche zwischen 25 und 30 Sitzungen der Fachkomitees und jeweils drei Fraktionssitzungen. Die Anwesenheit der Mitglieder wird protokolliert und ist deshalb nachvollziehbar.

Während bei den Fachkomitees die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden in den vier Sessionswochen und den drei Sitzungen des ständigen Ausschusses Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet. Eine Übersicht der im Jahre 2016 abgehaltenen Sitzungen ist unten aufgeführt. Des Weiteren wird kurz erwähnt, wie viele Vorlagen behandelt worden sind und wie sich die Teilnahme der liechtensteinischen Delegationsmitglieder darstellt:

1. Erste Sessionswoche (25. bis 29. Januar 2016)
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während fünf Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
 - 16 Vorlagen im Plenum behandelt
2. Ständiger Ausschuss (4. März 2016, Paris)
 - Wie erwähnt keine Teilnahme Liechtensteins
 - 6 Vorlagen behandelt
3. Zweite Sessionswoche (18. bis 22. April 2016)
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während fünf Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während drei Tagen
 - 15 Vorlagen im Plenum behandelt
4. Ständiger Ausschuss (27. Mai 2016, Tallin)
 - Wie erwähnt keine Teilnahme Liechtensteins
 - 4 Vorlagen behandelt
5. Dritte Sessionswoche (20. bis 24. Juni 2016)
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während fünf Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während drei Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während zwei Tagen
 - 13 Vorlagen im Plenum behandelt
6. Vierte Sessionswoche (10. bis 14. Oktober 2016)
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während drei Tagen
 - 14 Vorlagen im Plenum behandelt
7. Ständiger Ausschuss (25. November 2016, Nicosia)
 - Wie erwähnt keine Teilnahme Liechtensteins
 - 7 Vorlagen behandelt

Eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Sessionen, an welchen zumindest ein liechtensteinisches Delegationsmitglied teilgenommen hat, ist in den folgenden Absätzen zu finden.

2.1 Wintersession vom 25. bis 29. Januar 2016

An der Wintersession nahm die komplette Delegation, bestehend aus dem Abg. Rainer Gopp als Delegationsleiter und der Abg. Judith Oehri, teil. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger vom Parlamentsdienst begleitet.

Behandelte Vorlagen

Dringlichkeitsdebatte: Kampf gegen den internationalen Terrorismus unter Wahrung der Normen und Werte des Europarats

Dieser Bericht wurde vom Präsidium der Versammlung als Dringlichkeitsdebatte bestimmt. Dazu sprach der französische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten Harlem Désir vor der Versammlung. Er erklärte in seiner Rede, dass es ein schwerwiegender Fehler wäre, den Schutz der Menschenrechte für den Kampf gegen den Terror aufs Spiel zu setzen. Es gelte, Menschenrechte und Grundfreiheiten zu wahren. Weiter unterstrich er, dass dies der Grund war, warum Frankreich unter dem Ausnahmezustand seine Rechtsvorschriften angepasst habe, um die Sicherheit und die Freiheit der Bürger dauerhaft zu gewährleisten und die Werte der Gesellschaft und die Demokratie zu verteidigen.

Der Bericht führt aus, dass die Gesellschaft in Europas Städten in den letzten Jahren kulturell und religiös gemischerter geworden ist. Der Anteil der muslimischen Bevölkerung ist gewachsen. Viele junge Moslems haben keinen Schulabschluss und keine Zukunftsperspektive; sie fühlen sich ausgegrenzt, zumal sich viele Betriebe scheuen, Personen mit arabischen Namen einzustellen. Dadurch komme es vermehrt zur Radikalisierung junger Moslems, die dann bereit sind, neben kleineren Alltagsdelikten auch Terrorakte zu begehen oder sich dem sogenannten Heiligen Krieg im Nahen Osten anzuschliessen. Von diesen frustrierten jungen Leuten und ganz besonders von gewaltbereiten Heimkehrern aus dem Krieg im Nahen Osten gehe eine grosse Gefahr aus, wie die jüngsten Anschläge gezeigt hätten. Da es aber oft fast unmöglich ist, allfällige Täter im Vorfeld zu erkennen, bedarf es verstärkter Zusammenarbeit der Geheimdienste und stärkerer Überwachung verdächtiger Bevölkerungsgruppen, wobei es nicht immer leicht sein dürfte, die Normen und Werte des Europarats bis ins kleinste Detail zu achten. Eine gewisse Diskriminierung bestimmter Gruppen, die ins Fadenkreuz der Sicherheitskräfte geraten, wird sich nicht vermeiden lassen.

Die Entschliessung wurde mit 100 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Dringlichkeitsdebatte: Ausländische Kämpfer in Syrien und im Irak

Auch dieser Bericht wurde zur Dringlichkeitsdebatte erklärt. Die öffentlichen Behörden und Sicherheitskräfte der Mitgliedstaaten beobachten mit Sorge die wachsende Zahl junger Moslems, die ihren Wohnort verlassen und nach Syrien oder den Irak reisen, um sich dort terroristischen Gruppen, wie dem Islamischen Staat, anzuschliessen. Es besteht die Gefahr, dass diese gewalterprobten Kämpfer bei ihrer Rückkehr in Europa Terroranschläge verüben, wie die jüngsten Terroranschläge in Paris gezeigt haben. Auch ist zu fürchten, dass solche Rückkehrer die Spannungen unter den Volksgruppen und Religionsgemeinschaften noch zusätzlich anheizen. Der Bericht will der Öffentlichkeit diese Gefahr bewusst machen und geht den Ursachen dieses Phänomens nach, die darin zu sehen sind, dass viele junge Moslems ohne Schulabschluss arbeitslos bleiben, keine Zukunftsaussichten sehen und sich gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen, was sie mit Hass gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Europarat wird aufgefordert, dazu beizutragen, die genannten Ursachen zu beseitigen, gewaltbereite junge Leute an der Ausreise zu hindern und Heimkehrer zu überwachen.

Die Entschliessung wurde mit 117 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Dringlichkeitsdebatte: Die kürzlich erfolgten Übergriffe gegen Frauen in europäischen Städten – die Notwendigkeit einer umfassenden Reaktion

An dieser Dringlichkeitsdebatte debattierten die Parlamentarier einen Bericht mit dem Titel «Die kürzlich erfolgten Übergriffe gegen Frauen in europäischen Städten – die Notwendigkeit einer umfassenden Reaktion». Der Bericht thematisierte die jüngsten Übergriffe gegen Frauen - beispielsweise in Köln - sowie die Ursachen für Gewalt an Frauen. Mehr als 20 Abgeordnete ergriffen in der teilweise emotionalen Debatte das Wort.

Der Abg. Rainer Gopp hielt in seiner Wortmeldung fest, dass Gesetze und Konventionen wichtig seien, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Hand zu haben. Dennoch sei es unabdingbar, durch intensive Aufklärung und Anpassungen im Bildungswesen eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit für die Gleichstellung zu erreichen. Neben weiteren Anregungen rief der Abg. Gopp abschliessend die Versammlung auf, im eigenen Land hinzusehen, wenn es solche Vorfälle gibt und umgehend Massnahmen zu ergreifen. Die verabschiedete Entschliessung fordert die Mitgliedstaaten u.a. auf, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Die Entschliessung wurde mit 151 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

Die Eskalation der Gewalt in Berg-Karabach und den weiteren besetzten Gebieten Aserbaidshans

Seit Sommer 2014 kam es immer wieder zu Feuergefechten zwischen Aserbaidshans und Armenien. Zivile Siedlungen wurden bewusst beschossen und es gab bereits über 100 Tote. Beide Staaten hatten sich anlässlich ihres Beitritts zum Europarat verpflichtet, ihren Streit um Berg-Karabach friedlich zu lösen. Die Versammlung warnt im Bericht davor, dass derartige Scharmützel die Lösung dieses eingefrorenen Konflikts weiter erschweren werden. Armenien und Aserbaidshans sollten sich der Dienste der sogenannten Minsker OSZE-Gruppe bedienen und durch Vermittlung dieser Gruppe einander Vorschläge zur friedlichen Beilegung des Konflikts machen. Da dieser Konflikt schon 20 Jahre schwelt, sollte die Minsker OSZE-Gruppe ihren Ansatz zur Lösung dieses Konflikts überprüfen. Die Versammlung schlug der Gruppe in diesem Zusammenhang etliche Massnahmen vor und wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten.

Nach hitziger und kontroverser Diskussion stellte ein französischer Abgeordneter den Antrag, den Bericht zurück an den politischen Ausschuss zu senden. Dieser Antrag wurde mit 74 Ja-Stimmen, 83 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen knapp abgelehnt. Die Entschliessung wurde anschliessend jedoch mit 66 Ja-Stimmen, 70 Nein-Stimmen und 45 Enthaltungen nicht angenommen.

Behinderung der Wasserversorgung der Bewohner der Grenzgebiete Aserbaidshans

Die Vereinten Nationen haben das Menschenrecht auf Trink- und Waschwasser ausdrücklich bekräftigt. Somit sind alle Staaten verpflichtet, um angemessene Wasserversorgung besorgt zu sein. Die Grenzgebiete Aserbaidshans sind auf die Wasserversorgung vom Sarsang-Stausee angewiesen, der jedoch in dem von Armenien besetzten Gebiet Berg-Karabach liegt. Da der Stausee nicht regelmässig unterhalten und die Wasserversorgung der Grenzbewohner bewusst behindert wird, kommt es zu grossen Problemen bei der Wasserversorgung der Grenzgebiete in Aserbaidshans. Die Versammlung fordert die Behörden in Berg-Karabach auf, unabhängigen Ingenieuren und Hydrologen Zutritt zum Stausee zu gewähren, um die Situation zu prüfen. Die Versammlung schlägt vor, dass die gesamte Wasserversorgung in diesem grenzüberschreitenden Gebiet sowie die Bewässerungskanäle unter internationale Aufsicht gestellt werden sollen. Die Wasserversorgung darf von Armenien nicht länger als politisches Druckmittel gegen Aserbaidshans eingesetzt werden.

Die Entschliessung wurde mit 98 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen angenommen.

Antrag des jordanischen Parlaments auf Gewährung des «Demokratie-Partner»-Status

Der Bericht gibt eine Übersicht über die politische Lage und die Institutionen Jordaniens und empfiehlt, dem jordanischen Parlament den beantragten «De-

mokratie-Partner»-Status zu gewähren. Der Bericht stellt fest, dass die Voraussetzungen hierfür nach Art. 65 der Geschäftsordnung gegeben sind. Dennoch wird betont, dass Jordanien noch weitere Anstrengungen unternehmen müsse, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu festigen. In zwei Jahren soll die Situation überprüft werden.

Die Entschliessung wurde einstimmig mit 115 Ja-Stimmen angenommen. Die eingebrachten Änderungsanträge wurden ebenfalls angenommen.

Korruption in der Justiz: die zwingende Notwendigkeit der Umsetzung der Vorschläge der Versammlung

Der Bericht führt aus, dass Korruption in der Justiz die Rechtsstaatlichkeit untergräbt, die Menschenrechte einschränkt und die Rechtssicherheit schwächt. Wenn die Justiz selbst korrupt ist, kann sie auch die Korruption in anderen Bereichen nicht wirksam bekämpfen. In manchen Ländern hat die Bevölkerung kein Vertrauen in die Justiz. In Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Kroatien, Litauen, Moldawien, Portugal, Rumänien, Russland, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien und der Ukraine wird die Justiz als korrupt angesehen. Empfehlungen der Versammlung zum Kampf gegen Korruption in der Justiz verhallen ungehört. Die Mitgliedstaaten werden abermals aufgefordert, endlich und in kürzester Frist alle einschlägigen Empfehlungen der verschiedenen Europaratsgremien umzusetzen, ganz besonders jene der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO). Das Ministerkomitee wird gebeten, einen Verhaltenskodex für Justizbeamte auszuarbeiten und statistische Angaben über die Verurteilung von Richtern wegen Korruption zu sammeln.

Die Entschliessung wurde mit 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Pedro Agramunt zum neuen Präsidenten gewählt

Pedro Agramunt aus Spanien wurde für ein Jahr zum 28. Präsidenten der Versammlung gewählt. Er folgt auf Anne Brasseur aus Luxemburg, die das Amt in den vergangenen zwei Jahren innehatte. In seiner Antrittsrede erklärte er, dass sich die Parlamentarier heute nicht versammelt haben, weil sie der Meinung sind, dass Europa perfekt sei, sondern weil sie glauben, dass die Probleme in Europa gemeinsam gelöst werden müssen.

Gedenkveranstaltung anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Am 27. Januar fand eine Gedenkveranstaltung auf dem Vorhof des Europapalais statt. Dabei sprachen der Generalsekretär Thorbjørn Jagland und der neu gewählte Präsident der Versammlung Pedro Agramunt. Ebenfalls wurde ein Kranz zum Gedenken niedergelegt.

Credentials der russischen Delegation

Die russische Delegation hat vor der Eröffnung der Januar-Session beschlossen, keine Credentials einzureichen. Dies bedeutet, dass die russischen Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats weiterhin fernbleiben.

Redebeiträge

Während der Wintersession waren folgende Personen zu Gast und haben ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet:

- Daniel Mitov, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Rossen Plewneljev, Präsident Bulgariens
- Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats
- Lorella Stefanelli und Nicola Renzi, Capitani Regenti (Co-Staatschefs) von San Marino

Während der Session informierte Daniel Mitov, bulgarischer Aussenminister und Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats, über die Tätigkeiten des Europarats in den vergangenen Monaten. Er blickte auf wichtige Aktivitäten des Ministerkomitees zurück und erinnerte an die Prioritäten des bulgarischen Vorsitzes: Stärkung des Schutzes von Kinderrechten, Verbesserung des Zugangs von jungen Menschen zu Kultur, Schutz der Medien vor jeglicher äusserer Einflussnahme und Schutz der Rechte von Personen, die zu gefährdeten Gruppen gehören, wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Roma und Migranten, sowie Verhütung von deren Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung. Weiter betonte er, dass die Bekämpfung des Terrorismus auch nach dem Vorsitz eine Priorität bleibe.

Der Präsident Bulgariens, Rossen Plewneljev, richtete ebenfalls seine Worte an die versammelten Parlamentarier. Er erklärte in seiner Rede, dass es Bulgarien seit seinem Beitritt zum Europarat im Jahr 1992 weit gebracht habe. Dank der Orientierungshilfen, welche der Europarat Bulgarien während der Jahre des Umschwungs leistete, sei es Bulgarien gelungen, einen modernen demokratischen Staat zu schaffen, in dem Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit hoch geschätzt werden. Weiter betonte der Präsident, dass die europäische Integration Bulgarien positive Veränderungen brachte. Im Laufe der Jahre sei Bulgarien zu einem Pfeiler der Stabilität und einem wichtigen Faktor auf dem Balkan geworden, welcher eine enge regionale Zusammenarbeit anstrebe. Zu den Herausforderungen für Bulgarien zähle er insbesondere die Notwendigkeit wirksamer Mechanismen zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, eines Systems zur Früherkennung von Krisen und eines proaktiven Ansatzes. Zur Flüchtlingskrise erklärte der Präsident, dass Bulgarien die Regeln des Dubliner Übereinkommens und des Schengener Abkommens befolge. Bulgarien zeige Solidarität mit allen Flüchtlingen und gewähre denjenigen, die die Kriterien erfüllen, Flücht-

lingsstatus aus humanitären Gründen. Es sei keine Option, die Tore vor denjenigen, die vor dem Tode flüchten, zu verschliessen. Abschliessend sprach sich der Präsident dafür aus, die langfristigen Perspektiven, die Ziele und die Vision eines vereinten und friedlichen Europas zu erneuern, wobei Prinzipien, nicht nationale Interessen überwiegen sollten. Er plädierte für die Einrichtung eines Gipfels der Staatsoberhäupter, um auf höchster politischer Ebene die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu den gemeinsamen Werten Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu bestätigen.

Darüber hinaus sprach der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, zu der Versammlung. Als seine Prioritäten für das Jahr 2016 nannte er die Menschenrechtsmission, die er unter der Leitung von Botschafter Stoudmann auf die Krim entsandt hat, und den von ihm ernannten Sonderbeauftragten zur Flüchtlingskrise. Weiter sprach der Generalsekretär über die zahlreichen Aufgaben, vor denen Europa steht, und erklärte, dass die Europäische Menschenrechtskonvention von allen geachtet werden müsse. In ihr sei eine Reihe von Freiheiten verankert, die alle Menschen in Europa geniessen sollten, ohne Wenn und Aber. Weiter bezog der sich auf einige schwierige Themen, die in bestimmten Mitgliedstaaten aktuell sind, und sagte, dass die Konvention eine Grundlage zur Zusammenarbeit sei. Dabei sprach er den Fall Ilgar Mammadov an, welcher seit zwei Jahren in Aserbaidschan inhaftiert ist und misshandelt wurde. Mammadov sei nicht der Einzige, der in Europa im Gefängnis sitzt, obwohl er es nicht sollte. Allerdings habe nur in seinem Fall der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zur Freilassung einer inhaftierten Person aufgerufen.

Der Abg. Rainer Gopp fragte den Generalsekretär im Zusammenhang mit den 47 kürzlich in Saudi-Arabien stattgefundenen Hinrichtungen, ob die Mitgliedstaaten des Europarats auch in Ländern, welche nicht Mitglied des Europarats sind, entsprechend Druck ausüben würden. Dies auch weil bekannt sei, dass gerade Mitgliedstaaten des Europarats grosse Geschäfte mit Saudi-Arabien – insbesondere auch mit Waffen – machten. Der Generalsekretär führte aus, dass sich alle Mitgliedstaaten des Europarats strikt gegen die Todesstrafe aussprechen. Der Europarat unternehme alles ihm Mögliche und werde dies auch weiterhin tun, um die Todesstrafe abzuschaffen. Der Generalsekretär hat es vermieden konkret auf die Frage zu antworten.

Ebenfalls zu den versammelten Parlamentariern sprachen die Capitani Regenti, Lorella Stefanelli und Nicola Renzi (Co-Staatschefs) von San Marino. Der Abg. Rainer Gopp wollte von den Co-Staatschefs erfahren, ob die Schwierigkeiten auf dem Finanzplatz Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Staatshaushalts von San Marino haben. Ebenso fragte er, ob der EWR derzeit ein Thema für San Marino sei. Nicola Renzi führte aus, dass die getroffenen Entscheidungen erhebliche Konsequenzen auf den Staatshaushalt hätten. Aber dies müsse man auch als Chance zu neuen Möglichkeiten sehen. Dennoch dürfe man die möglichen Opfer, welche die Bevölkerung bringen muss, nicht vergessen. Das Geschehen bei den Europäischen Institutionen als auch der EFTA werde genau

beobachtet und etwaige Entscheidungen müssten sehr gut überlegt sein – sprich wurden bisher aber nicht getroffen.

Arbeitstreffen mit Carlo Ranzoni

Während der Sessionswoche traf sich die Delegation zu einem freundschaftlichen Gedankenaustausch mit Carlo Ranzoni, dem neu gewählten liechtensteinischen Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Ranzoni trat sein neues Amt im Herbst 2015 an und konnte die Delegation über seine Einarbeitungszeit sowie die Arbeitsweise des Gerichtshofs unterrichten.

2.2 Frühjahrsession vom 18. bis 22. April 2016

An der zweiten Sessionswoche wurde Liechtenstein durch den Abg. Rainer Gopp als Delegationsleiter und die Abg. Judith Oehri vertreten. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort unterstützt.

Behandelte Vorlagen

Dringlichkeitsdebatte: Die Affäre der «Panama Papers» und die Besorgnis um die steuerliche, soziale Gerechtigkeit und das Vertrauen in unsere demokratischen Systeme

Das Präsidium der Versammlung erklärte dieses Thema zur Dringlichkeitsdebatte. Es wurde kein Bericht dazu erstellt. Der österreichische Abg. Stefan Schennach wurde vom Büro der Versammlung betraut, die Einleitung zur Debatte zu halten. Der Abg. Schennach fand dann auch deutliche Worte. So führte er aus, dass 8% des weltweiten Vermögens – 7,5 Trillionen USD – in Steueroasen liegen würden. Weiter erklärte er, dass der Kampf gegen Steueroasen und Offshore-Finanzzentren eine lange Geschichte habe. Bereits 1995 habe die OECD Guidelines erlassen und veröffentlichte anschliessend auch eine schwarze Liste. Nach sieben Jahren habe die OECD 47 Länder identifiziert, die aufgrund ihrer Guidelines den Steuerparadiesen oder Regulierungsoasen zuzurechnen seien. In der EU werden gemäss dem Abg. Schennach jährlich 1'000 Milliarden Euro an Steuergeldern hinterzogen. Abschliessend erklärte Schennach, dass Steuersümpfe trockengelegt werden müssten, auch solche, die zu EU-Mitgliedsländern gehören. Er rief dazu auf, die Affäre der «Panama Papers» dazu zu nutzen, über das System dahinter zu reden und darüber, wie es den gemeinsamen Wohlstand und die Erfüllung sozialer Aufgaben verhindert.

In der darauffolgenden Debatte ergriffen einige Parlamentarier das Wort und unterstrichen in ihren Voten die Wichtigkeit des Kampfes gegen Steueroasen. Es war festzustellen, dass viele europäische Staaten gerne noch restriktiver vorgehen würden. Noch heute werden viele Länder, die längst die OECD-Standards umgesetzt haben, als Steueroasen bezeichnet – auch Liechtenstein. Einige Ab-

geordnete äusserten in der Debatte ihre Besorgnis über die fehlende soziale Gerechtigkeit, welche mit Steuerflucht oder Steuervermeidung einhergehe. Auf der Rednerliste stand auch der Abg. Rainer Gopp. Leider wurde die Rednerliste vor dem Beitrag des Abg. Gopp geschlossen, da die vorgesehene Debattenzeit abgelaufen war. In seiner Ansprache plante er aufzuzeigen, dass die ganze Diskussion auf einer angeblichen ethisch-moralischen Ebene basiere und eine öffentliche Vorverurteilung von Personen stattfinde, bevor genauere Hintergründe bekannt seien. Weiter wollte der Abg. Gopp darlegen, dass Liechtenstein seine Hausaufgaben längst gemacht habe und die international geforderten Standards erfülle. Diese Messages wurden während der Sessionen in vielen bilateralen Gesprächen dann immer wieder kundgetan.

Dringlichkeitsdebatte: Die Lage der Flüchtlinge und Migranten nach dem EU-Türkei Abkommen vom 18. März 2016

Eine weitere Dringlichkeitsdebatte befasste sich mit der Situation der Flüchtlinge und Migranten seit dem Abkommen zwischen der Türkei und der Europäischen Union vom 18. März 2016. Der Bericht sowie die Resolution waren umstritten. Die Versammlung kam zum Schluss, dass das Abkommen einige ernste Menschenrechtsfragen aufwerfe. So zweifle man daran, ob die Türkei die strengen EU-Regeln zur Rückführung von Asylbewerbern erfüllen könne, ob das griechische Asylsystem nicht überfordert werde und ob der Support seitens EU für diese Länder ausreichend sei. Die verabschiedete Resolution enthält eine Reihe von konkreten Empfehlungen an die Europäische Union, die Türkei und an Griechenland, um sicherzustellen, dass das Abkommen weder europäische noch internationale Rechte von Flüchtlingen und Migranten verletzt. Dazu gehört auch der Aufruf, die Rückkehr von Asylbewerbern in die Türkei zu stoppen, bis die gesetzlichen Anforderungen zufriedenstellend sind. Abschliessend hielt die Versammlung fest, dass Solidarität durch kollektives Handeln und Aufgabenteilung, welche auf der Achtung der Menschenrechte und der Völkerrechte basieren, die wesentlichen Voraussetzungen für eine langfristige erfolgreiche Antwort seien.

Die Entschliessung wurde mit 58 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und 7 Enthaltung angenommen.

Dringlichkeitsdebatte: Nach den Anschlägen von Brüssel: die dringende Notwendigkeit, Sicherheitsschwachstellen zu beseitigen und die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zu verstärken

Diese Dringlichkeitsdebatte beschäftigte sich mit den tödlichen Anschlägen von Brüssel vom 22. März 2016. Der Bericht fordert eine Reihe von Schritten, welche mit höchster Priorität auf nationaler Ebene, auf der Ebene der Europäischen Union und auf internationaler Ebene getätigt werden müssen, um Sicherheitsmängel, welche durch die Angriffe in Brüssel aufgedeckt wurden, zu beseitigen. Diese Massnahmen sollen eine stark verbesserte Kooperation und einen besseren Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sicherstellen. Zudem sollen die Massnah-

men eine effektive Prävention gegen Radikalismus darstellen. Dies soll durch eine integrative, bürgerliche und weltliche Bildung gefördert werden. Dabei sollen «geschlossene Gemeinschaften» besser in die Gesellschaft integriert werden, damit es keine sogenannten «No go Zonen» in europäischen Städten mehr gibt. Ebenso sollen «Best Practices» derjenigen Länder mit umfangreicher Anti-Terror-Erfahrung studiert werden. Mehr als zwanzig Parlamentarier ergriffen in der Debatte das Wort. Mehrfach wurde der Ruf nach einer gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation laut.

Die Entschliessung wurde mit 65 Ja-Stimmen und 2 Enthaltung angenommen.

Die Bewertung der Auswirkungen von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Vertretung von Frauen

Dieser Bericht hält fest, dass sich die Anzahl der Frauen in der Politik in den letzten zehn Jahren zwar verbessert habe, in den meisten Mitgliedstaaten des Europarats die Frauen in der Politik aber weitgehend unterrepräsentiert sind. Die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben wird durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt, seien es politische, soziale, wirtschaftliche oder kulturelle. Der Zugang zu Medien und Finanzierungsmöglichkeiten ist ebenso von entscheidender Bedeutung für Frauen, welche in der Politik aktiv sind. Der Bericht kommt zum Schluss, dass Wahlquoten mit gewissen Bedingungen die wirksamsten positiven Massnahmen sind.

Zu diesem Thema sprach Maria Elena Boschi, die italienische Ministerin für Verfassungsreform. Sie führte aus, dass Reformen bezüglich der politischen Teilhabe von Frauen wichtig seien, um das Gleichgewicht der Geschlechter in den Institutionen zu gewährleisten. Der Abg. Rainer Gopp war für diese Debatte – wie weitere knapp 60 Parlamentarier – auf der Rednerliste eingetragen. Doch auch hier reichte die Debatten-Zeit nicht aus und die Rednerliste schloss kurz vor dem Abg. Gopp. In dem anschliessend schriftlich eingereichten Votum hielt er fest, dass die Rahmenbedingungen in Bezug auf die Verankerung der Frauen in öffentlichen Positionen in Europa sehr unterschiedlich seien und dies bei solchen wichtigen Diskussionen berücksichtigt werden müsse. Der Abg. Gopp sprach sich klar gegen Quoten aus und schloss mit dem Hinweis, dass es eine wichtige Aufgabe der Parteien sei, Frauen effektiv zu fördern, und rief dazu auf, raffinierte und durchdachte flankierende Massnahmen zu diskutieren und einzuführen.

Die Entschliessung wurde mit 96 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen.

Evaluierung der Partnerschaft für Demokratie im Hinblick auf den Palästinensischen Nationalrat

Dem Palästinensischen Nationalrat (PNR) wurde im Oktober 2011 der Status des «Partner für Demokratie» seitens der Parlamentarischen Versammlung des Europarts gewährt. Nach dem Parlament Marokkos war der PNR das zweite Parlament, dem dieser Status gewährt wurde, den die Versammlung 2009 ein-

geführt hatte, um ihre institutionelle Zusammenarbeit mit den Parlamenten der Nachbarstaaten des Europarats zu entwickeln. Nach einer ersten Auswertung im Jahr 2014 prüfte dieser Bericht die Entwicklungen und die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen in den vergangenen Jahren.

Dabei bedauert die Versammlung, dass sich die Lage vor Ort kaum verbessert hat und die Verhandlungen zwischen den Regierungen Palästinas und Israels zum Stillstand gekommen sind. Die Versammlung begrüsst die aktive Beteiligung der palästinensischen parlamentarischen Delegation an der Arbeit der Versammlung und ihrer Ausschüsse, die Möglichkeiten bietet, die Versammlung über die politischen Entwicklungen in dem Land im Lichte der vom Europarat vertretenen Werte auf dem Laufenden zu halten

Die Versammlung ruft die Mitglieder der palästinensischen «Partner für Demokratie»-Delegation auf, gemäss den politischen Verpflichtungen, die sie beim Abschluss der Partnerschaft eingegangen sind, ihre Anstrengungen zur Beschleunigung der Durchführung des Reformprozesses und zur Bewältigung der verbleibenden Fragen im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verstärken. Die Versammlung beschloss, die Umsetzung politischer Reformen in Palästina weiterhin zu überprüfen und dem Palästinensischen Nationalrat ihre Unterstützung anzubieten.

Die Entschliessung wurde mit 57 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen angenommen.

Die humanitären Sorgen in Bezug auf Menschen, die während des Krieges in der Ukraine in Gefangenschaft geraten sind

Der Bericht führt aus, dass seit der Annexion der Krim durch die Russische Föderation und dem Beginn der militärischen Aggression in den Regionen Lugansk und Donezk im Osten der Ukraine Berichten zufolge Hunderte ukrainischer Soldaten und Zivilisten in Gefangenschaft geraten oder entführt worden sind. Einige von ihnen wurden inzwischen wieder freigelassen, aber nach wie vor werden viele von den Separatisten gefangen gehalten. Die Parlamentarische Versammlung ist äusserst beunruhigt über die zahlreichen Berichte über die unmenschliche und erniedrigende Behandlung von gefangenen Personen, die Folter, Misshandlungen und sexueller Gewalt unterworfen werden.

Die Entschliessung fordert die Ukraine, die Russische Föderation und die Separatistengruppen, die die besetzten Gebiete in den Regionen Donezk und Lugansk kontrollieren, nachdrücklich auf, unverzüglich das Minsker Abkommen umzusetzen. Ebenso fordert die Versammlung die Regierung der Russischen Föderation nachdrücklich auf, Frau Sawtschenko, die die europäische parlamentarische Immunität nach dem Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarats genießt, sowie weitere widerrechtlich gefangen gehaltene ukrainische Gefangene unverzüglich freizulassen und ihnen die Rückkehr in die Ukraine zu ermöglichen.

Die Entschliessung wurde mit 65 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

[Nadiia Savchenko kehrte am 25. Mai 2016 nach fast zwei Jahren Haft in Russland in die Ukraine zurück.]

Tätigkeitsbericht des Menschenrechtskommissars für das Jahr 2015

Der Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks (Lettland) stellte seinen Jahresbericht 2015 der Versammlung vor. Dabei hielt er fest, dass das Jahr 2015 durch Angst und Unsicherheit in Europa gekennzeichnet war. Dazu beigetragen haben u.a. der Konflikt in der Ostukraine, die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage, die terroristischen Bedrohungen und die Unfähigkeit den Zustrom von Asylsuchenden zu bewältigen. Weiter erklärte er, dass sich zahlreiche Länder als Reaktion darauf in ihre «nationale Festungen» zurückgezogen und damit Freiheiten eingeschränkt haben.

Liechtenstein wurde im Februar 2012 vom damaligen Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg (Schweden) besucht. Der nächste Länderbesuch in Liechtenstein könnte im Jahr 2017 stattfinden.

Verleihung des Europapreises 2016 an die spanische Stadt Girona

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat im Jahr 1955 den Europapreis ins Leben gerufen. Es ist eine Auszeichnung für Städte und Gemeinden, die sich um die Förderung der europäischen Idee besonders verdient gemacht haben. Er würdigt den besonderen Einsatz der Gemeinden für die Stärkung eines vereinten Europas.

Nun wurde der Europapreis 2016 – die höchste Kategorie dieses Preises – an die spanische Stadt Girona verliehen. Girona engagiert sich für ein starkes Europa. Sie strebt danach, eine solidarische Stadt und eine Bildungsstadt zu sein. Dazu unterstützt die Stadt Projekte zur Sensibilisierung der örtlichen Bevölkerung für die Ursachen der wirtschaftlichen Ungleichheiten und zur Förderung von Toleranz, Dialog und von Werten einer Kultur des Friedens und der Achtung der Menschenrechte. Girona erhielt im Jahr 1984 die Ehrenfahne und im Jahr 2013 die Ehrenplakette. Beides Voraussetzungen, um an dem Wettbewerb um den Europapreis teilzunehmen.

Redebeiträge

An der Frühjahrsession waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die Versammlung gerichtet und sich den Fragen der Parlamentarier gestellt:

- Daniel Mitov, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Ahmet Davutoglu, Ministerpräsident der Türkei

- Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission
- Heinz Fischer, Bundespräsident Österreichs
- Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats
- Giorgi Kvirikashvili, Premierminister Georgiens

Während der Session informierte erneut Daniel Mitov, bulgarischer Außenminister und Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats, über die Tätigkeiten des Europarats seit Anfang dieses Jahres. Dabei ging er auf die Verbesserung der schwierigen humanitären Lage und den Schutz der Menschenrechte von Migranten ein. Weiter führte er aus, dass Intoleranz und Hass ohne Zweifel eine Bedrohung für unsere Demokratie darstellen. Zudem analysierte der Außenminister die in Sofia unter bulgarischem Vorsitz organisierte Konferenz «Democratic stability based on the European unity and co-operation», welche mit der «Sofia Deklaration» schloss. Die Deklaration wurde vom Ständigen Ausschuss des Europarats an seiner Sitzung am 27. November 2015 in Sofia verabschiedet. Die Deklaration ruft insbesondere zu einem europäischen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des Europarats auf. Dabei soll auf höchster politischer Ebene das Engagement für die gemeinsamen Werte und Prinzipien der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit des Europarats bekräftigt werden. Es wäre das vierte Gipfeltreffen nach Wien im Jahr 1993, in Strassburg im Jahr 1997 und in Warschau im Jahr 2005.

Ahmet Davutoglu, Ministerpräsident der Türkei, sprach vor den versammelten Parlamentariern. Er hielt in seiner Ansprache fest, dass die Türkei untrennbar mit Europa verbunden sei. Für zukünftige Reformen sei der Europarat einer der Hauptpartner der Türkei. Bezüglich der Flüchtlingskrise wies er darauf hin, dass die Türkei mehr Flüchtlinge als jedes andere Land aufgenommen habe. Im Anschluss an seine 50 Minuten dauernde Rede wollten über 50 Parlamentarier dem Ministerpräsidenten eine Frage stellen. Die Abg. Judith Oehri richtete ihre Frage im Namen der ALDE-Fraktion an Davutoglu. Dabei wollte sie die Meinung des Ministerpräsidenten über den Bericht von Amnesty International bezüglich der Rückführung von Flüchtlingen aus der Türkei erfahren. Der Ministerpräsident betonte in seiner Antwort die starke humanitäre Seite der Türkei und belegte dies mit Beispielen.

Ebenso richtete Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, seine Worte an die Parlamentarische Versammlung. Er erklärte in seiner Rede den Europarat als einen wichtigen Partner der Europäischen Union. Beide Organisationen seien auf den gleichen Fundamenten und Idealen aufgebaut. Dabei sollten die Vorteile der Gemeinsamkeiten genutzt werden. Weiter führte er aus, dass der Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention eine der Prioritäten seiner Präsidentschaft sei.

Aus Anlass der 60-jährigen Mitgliedschaft Österreichs im Europarat sprach der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer vor der Parlamentarischen Versammlung. In seiner Rede unterstrich Fischer die Bedeutung der 47 Staaten umfassenden Organisation als eine unersetzliche Plattform. Bezüglich der Migrations- und Flüchtlingskrise rief der Bundespräsident zu verstärkter Zusammenarbeit und Koordination auf. Der Abg. Rainer Gopp ergriff die Gelegenheit und wollte vom Bundespräsidenten Näheres zur Flüchtlingspolitik innerhalb Europas erfahren. Insbesondere wollte er mehr über die Sichtweise des Bundespräsidenten zur doch sehr restriktiven Haltung Österreichs an den Aussengrenzen erfahren – gerade was die Grenze am Brenner betraf. Der Bundespräsident verteidigte die Vorgehensweise Österreichs und führte aus, dass schon viel erreicht worden wäre, wenn das Flüchtlingsthema nicht so stark für Populismus, Polemik und parteipolitische Zwecke missbraucht würde. Zudem hob er hervor, dass Menschlichkeit bei der Gesetzesanwendung dazugehöre.

Bei der Fragestunde der Parlamentarischen Versammlung beantwortete der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, die Fragen der Abgeordneten. Eines der Themen war dabei der vor Kurzem präsentierte Bericht Jaglands über die Lage der Menschenrechte auf der Krim. Der Bericht beruht auf dem Besuch einer Europaratsdelegation auf der Halbinsel – dem ersten einer internationalen Organisation seit mehr als einem Jahr – und unterstreicht, dass der Schutz der 2,5 Millionen Einwohner durch die Europäische Menschenrechtskonvention gewährleistet sein muss. In diesem Zusammenhang betonte Jagland erneut, dass die Krim Teil der Ukraine und die Annexion unrechtmässig sei. Des Weiteren setzt sich der Europarat aus humanitären Gründen weiterhin für die Freilassung von Nadiia Savchenko ein. Jagland wies ausserdem darauf hin, dass er aufgrund mangelnder Fortschritte die Teilnahme des Europarats an der trilateralen Arbeitsgruppe für Aserbaidshan widerrufen habe. Deren Mandat umfasste die Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte und der Lage der politischen Gefangenen.

Ebenfalls zur Versammlung sprach Giorgi Kvirikashvili, Premierminister Georgiens. In seiner Rede betonte er die seit 2012 in Georgien durchgeführten Reformen im Bereich der Wahlen, des Justizsystems und der Medien und wies darauf hin, dass die Achtung der europäischen Normen eine Verpflichtung sei, welche bereits zu einer Gewohnheit geworden sei. Weiter machte er Ausführungen zu den von seiner Regierung getroffenen Massnahmen, um Fortschritte in Bezug auf die Lage der besetzten Gebiete Abchasiens und Südossetiens zu erzielen. Ebenso erklärte der Premierminister, dass Georgien grosse Fortschritte, um einem vereinten und freien Europa anzugehören, erzielt habe.

2.3 Sommersession vom 20. bis 24. Juni 2016

An der Juni-Session nahmen die Abg. Rainer Gopp (Delegationsleiter) und Judith Oehri sowie die stellvertretenden Delegationsmitglieder Abg. Karin Rüdiger-Quaderer und der stellvertretende Abg. Hubert Lampert – in wechselnder

Zusammensetzung – teil. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort unterstützt. Da die liechtensteinische Delegation Ausrichterin eines freundschaftlichen Abendessens der deutschsprachigen Delegationen war, waren für diesen Anlass auch die stellvertretenden Delegationsmitglieder vor Ort.

Behandelte Vorlagen

Gefährdete Flüchtlinge in Griechenland

Europas panische Reaktion auf die Flüchtlings- und Migrationskrise hat Griechenland in grosse Bedrängnis gebracht. Durch die Schliessung der Grenze zwischen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Griechenland sowie das EU-Türkei-Abkommen sind tausende Flüchtlinge in Griechenland gestrandet. Griechenland – mit einem mangelhaften Asylsystem – ist in dieser Situation überfordert. Die von der EU in Aussicht gestellte Unterstützung blieb aus. Ebenso die Übernahme von Flüchtlingen durch andere EU-Staaten. Der Bericht hält fest, dass in solchen Situationen die ersten Opfer die Flüchtlinge und Migranten sind. Die Flüchtlinge in den griechischen Lagern und Aufnahmezentren sind zum Teil menschenunwürdig untergebracht und versorgt.

Der Bericht ruft die griechischen Behörden, die Europäische Union, die Europaratsländer und die anderen Aufnahmestaaten auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass den Griechen diese Last abgenommen wird und die Flüchtlinge unter Achtung ihrer Menschenrechte besser auf verschiedene Länder verteilt werden. Weiter ruft der Bericht dazu auf, die Solidarität zwischen den europäischen Ländern als Reaktion auf dieses europäische – und nicht griechische – Problem zu bekräftigen.

Die Entschliessung wurde mit 115 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen.

Bekämpfung der Übersexualisierung von Kindern

Dieser Bericht befasst sich mit der Übersexualisierung von Kindern, welche ein weit verbreitetes Phänomen in Medien, in Marketingkampagnen, bei Fernsehprogrammen und Produkten des täglichen Gebrauchs darstellt. Gemäss Bericht kann dieses Phänomen ernsthafte Auswirkungen auf das kindliche Selbstbewusstsein, Wohlbefinden, zwischenmenschliche Beziehungen und Chancengleichheit haben. Unter bestimmten Umständen kann es auch die körperliche und psychische Gesundheit von Kindern beeinflussen. Die Versammlung brachte ihre Besorgnis über diesen zunehmenden Trend zum Ausdruck und fordert die Mitgliedsstaaten auf, wirksame Gesetze und Massnahmenpakete zu erlassen, um einer Übersexualisierung von Kindern vorzubeugen.

Auch der Abg. Rainer Gopp äusserte sich sehr kritisch zum Bericht. Er unterstrich in seiner Wortmeldung, dass die momentane Entwicklung Gefahren für die Jugend bringe, dass aber Gesetze zum Internet diese Gefahren nicht eliminieren würden. Ebenso führte er aus, dass er überzeugt sei, dass die Mehrheit

der Jugendlichen die Vernunft habe, sich vor solchen Gefahren zu schützen. Abschliessend sagte er, dass vorrangig verstärkt Kampagnen eingesetzt werden sollten, um Jugendliche aber insbesondere auch Eltern zu sensibilisieren. Er brachte zum Ausdruck, dass seiner Überzeugung nach mit gezielten Aktionen an Schulen einiges erreicht werden könne. Auch innerhalb der Lehrpläne könnte dieses Sensibilisieren eine Rolle spielen.

Die Entschliessung wurde mit 69 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

Die Funktionsweisen demokratischer Institutionen in der Türkei

Die Türkei ist derzeit mit den Folgen des anhaltenden Krieges in Syrien und den umliegenden Ländern, fast drei Millionen Flüchtlingen im Land und den kontinuierlichen terroristischen Bedrohungen und Angriffe des IS und der PKK – welche alle verurteilt werden müssen – konfrontiert.

Die Versammlung bedauert den Zusammenbruch der Friedensgespräche in der Kurdenfrage im Juli 2015 und die darauffolgende Gewalteskalation im Südosten der Türkei. Der Monitoring-Ausschuss ist besorgt über die schwerwiegenden Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen während der anschliessenden Sicherheitsmassnahmen sowie über die humanitären und rechtlichen Konsequenzen der langen Ausgangssperren. Der Bericht ruft die Versammlung auf, die türkischen Behörden aufzufordern, wirksame Untersuchungen durchzuführen und Mechanismen einzurichten, um die Menschenrechtssituation zu überwachen sowie glaubwürdige Bericht zu erstellen. Darüber hinaus ist der Ausschuss ernsthaft besorgt über die Aufhebung der Immunität zahlreicher Parlamentarier – vor allem der Opposition, – zahlreiche Massnahmen und missbräuchliche Anwendungen von Rechtsvorschriften zur Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Medienfreiheit und der Unabhängigkeit der Justiz.

Der Ausschuss kommt zum Schluss, dass diese Entwicklungen eine Bedrohung für das Funktionieren der demokratischen Institutionen und der Verbindlichkeiten des Landes seinen Verpflichtungen dem Europarat gegenüber sind. Die Versammlung wird aufgerufen, die Entwicklungen in der Türkei genau zu verfolgen, und die Türkei wird eingeladen, seine Gesetzgebung dem europäischen Standard anzupassen.

Die Entschliessung wurde mit 96 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

Eigenschaften des Mandats der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung

Die Parlamentarier der 47 Mitgliedstaaten des Europarats sind Volksvertreter mit einem allgemeinen, freien und unwiderruflichen Mandat. Sie üben ihr Mandat frei aus und sind nicht an Weisungen oder Aufträge ihrer Delegationen,

ihrer nationalen politischen Partei oder ihrer Fraktion in der Versammlung gebunden.

Der Bericht zieht Bilanz über die Praxis in der Ausübung der parlamentarischen Mandate in Bezug auf Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit insbesondere zu den politischen Parteien. Parteidisziplin lässt sich dabei selten umgehen, was zu Druck oder Sanktionen führen kann. In den vergangenen Jahren kam es bei einigen Delegationen der Parlamentarischen Versammlung zu Unregelmässigkeiten, die Lücken in der Geschäftsordnung der PV oder den nationalen Parlamenten erkennen liessen. Meist ging es dabei um die Bestellung der Delegationen, die Zusammensetzung der Ausschüsse oder die Teilnahme der Mitglieder an der Versammlung und den Ausschusssitzungen.

Die Entschliessung weist darauf hin, dass die Mitglieder der Versammlung bei der Ausübung ihres Mandats den Schutz eines speziellen satzungsmässigen und auf Verträgen beruhenden Immunitätensystems in Anspruch nehmen. Die Entschliessung wurde mit 44 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

Redebeiträge

Während der Sommersession waren folgende Persönlichkeiten zu Gast und haben ihre Worte an die Versammlung gerichtet:

- Marina Kaljurand, Vorsitzende des Ministerkomitees
- Alexis Tsipras, Ministerpräsident Griechenlands
- Taavi Rõivas, Ministerpräsident Estlands

Marina Kaljurand, Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats und Außenministerin von Estland, präsentierte die Prioritäten Estlands während des sechsmonatigen Vorsitzes – von Mai bis November – und nannte dabei Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit im Internet, Gleichberechtigung der Geschlechter, Kinderrechte als Bestandteil der Menschenrechte sowie die Zusammenarbeit des Europarats mit anderen internationalen Organisationen. Ebenso erklärte Kaljurand den Kampf gegen gewaltbereiten Extremismus, Radikalisierung und Terror als prioritäre Ziele ihres Vorsitzes. Abschliessend stellte sie sich den Fragen der Parlamentarier.

Der Abg. Rainer Gopp stellte im Namen der ALDE-Fraktion seine Frage im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Frauen in politischen Führungspositionen. Er wollte ihre Meinung wissen bezüglich der Tatsache, dass in politischen Führungspositionen weniger Frauen aktiv sind und ob dies somit auf die Gleichstellung von Mann und Frau zurückzuführen ist. Frau Kaljurand führte aus, dass die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen – Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildung, etc. – gefördert werden müsse. Ihr Heimatland Estland übernehme da eine führende Rolle. Als Vorsitzende des Ministerkomitees werde sie die Strategie und die gute Arbeit welche Bulgarien in diesem Bereich ge-

leistet habe weiterführen. Man könne eine Gesellschaft als demokratisch und nachhaltig beschreiben, wenn sie die Bedürfnisse von Frauen voll und ganz berücksichtige und Frauen so in die Arbeitswelt einbinde, wie sie bereit sind. Dies erfordere Unterstützung, welche Frau Kaljurand im Europarat, in ihrem Heimatland aber auch in jedem Land welches sie besuche gebe.

Ein Höhepunkt der Redebeiträge war die mit Spannung erwartete Ansprache von Alexis Tsipras, Ministerpräsident von Griechenland. In seiner 45 Minuten dauernden Rede forderte er mit Nachdruck ein besseres Europa und eine neue Vision für die europäischen Bürger. Die Wirtschaftskrise habe das Gespenst des Populismus geweckt, welches die europäischen Werte mit Füßen trete. Bezüglich Migrations- und Flüchtlingskrise verwies Tsipras auf Griechenlands immense Anstrengungen im Umgang mit den humanitären Folgen und rief die europäischen Partner auf, die Last auf der Grundlage von solidarischen Grundsätzen gemeinsam zu tragen. In seiner Rede – ein Tag vor der Brexit-Abstimmung – forderte er das Vereinigte Königreich auf, in der Europäischen Union zu verbleiben. Anschliessend an seine Rede konnten nur noch die Vertreter der fünf politischen Gruppierungen ihre Fragen an den Premierminister richten. Alle übrigen Abgeordneten, welche auf der Rednerliste waren – darunter auch die Abg. Gopp und Oehri – konnten ihre Fragen nicht mehr stellen, da Tsipras seine Redezeit massiv überschritten hatte und so für die Abgeordneten kaum mehr Zeit für Fragen blieb.

Ebenso richtete Taavi Rõivas, Ministerpräsident von Estland, seine Worte an die Parlamentarische Versammlung. Er erklärte in seiner Rede, dass sich Estland weiterhin verpflichte, seine aktive Rolle, die der Europarat bei der Entwicklung eines zweckdienlichen Rahmens zum Schutz der Menschenrechte einnehme, zu unterstützen. Weiter führte er aus, dass die vom Europarat festgelegten internationalen Normen seit dem Beitritt Estlands im Jahr 1993 unbestrittene Auswirkungen auf die Gesetzgebung und die Innenpolitik haben. Er unterstrich, dass der Schutz der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit im Internet immense Wichtigkeit habe, und erklärte dies als eine der Prioritäten Estlands während des Vorsitzes im Ministerkomitee. Ebenso begrüßte er die Initiative #NoHateNoFear, welche die Versammlung zu Beginn der Session ins Leben rief. Dabei betonte er, dass nun Entschlossenheit und Einigkeit wichtig sei, um dem Hass die Stirn zu bieten. Man dürfe sich nicht durch Hass und Angst lähmen lassen und die Gesellschaften spalten lassen. An den estnischen Ministerpräsidenten richtete der Abg. Gopp eine Frage zum Dialog mit Russland.

#NoHateNoFear –Initiative gegen Terrorismus, eine Kampagne der Parlamentarischen Versammlung

Am ersten Tag der Session startete der Präsident der Versammlung, Pedro Agramunt, eine europaweite, auf den Themen #NoHateNoFear (kein Hass, keine Angst) basierende Initiative gegen Terrorismus. Die Parlamentarier erhoben sich im Rahmen einer Veranstaltung, um Nein zu Hass und Angst zu sagen, und verpflichteten sich dazu, die Initiative in ihren nationalen Parlamenten weiter-

zuverfolgen. Ziel der Initiative ist es möglichst viele Menschen darunter Politiker, Journalisten, Vertreter der Religionen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sowie Bürger zu einem Nein zu Angst und Hass zu motivieren.

Deutschsprachige Delegationen der PV des Europarats eingeladen

Im April 2014 initialisierte die schweizerische Delegation der PV des Europarats als erste Gastgeberin eine Zusammenkunft der deutschsprechenden Delegationen der Versammlung zu einem gemeinsamen Abendessen. Ziel dieser Treffen ist es, eine Gelegenheit zum ungezwungenen Austausch mit angeregten politischen Diskussionen zu schaffen. An der Juni-Session kam der liechtensteinischen Delegation die Ehre zu, das Abendessen für die deutschsprachigen Delegationen auszurichten. So trafen sich die Mitglieder der Delegationen aus Deutschland, Luxemburg, der Schweiz, Österreich und Liechtenstein zu einem freundschaftlichen Treffen. Insgesamt konnten am 22. Juni 30 Abgeordnete und Mitarbeiter begrüßt werden. Der Delegationsleiter nahm die Chance wahr, das Land Liechtenstein mit all seinen Facetten vorzustellen. Insbesondere ging es ihm auch darum mit Vorurteilen aufzuräumen, auf unsere Vorreiterrolle in Bezug auf den Finanzplatz hinzuweisen und den Anwesenden unseren diversifizierten Wirtschaftsstandort näher zu bringen.

Arbeitsbesuch der Aussenpolitischen Kommission (APK) bei der Ständigen Vertretung beim Europarat am 21. und 22. Juni

Die APK weilte unter der Leitung von Landtagspräsident Albert Frick an einem zweitägigen Arbeitsbesuch bei der Ständigen Vertretung beim Europarat in Strassburg. Dabei besichtigte sie den Europarat und nahm auch an der Session der PV teil. Die Kommission traf sich mit hochrangigen Exponenten des Europarats. So fanden Höflichkeitsbesuche bei Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats, sowie bei Pedro Agramunt, dem Präsidenten der Versammlung, statt. Ebenso traf sich die APK zu Gesprächen mit der Luxemburgerin Anne Brasseur, ehemalige Präsidentin der Versammlung, und Wojciech Sawicki, Generalsekretär der PV. Weiter besichtigte die APK bei ihrem Aufenthalt auch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und tauschte sich dabei mit dem liechtensteinischen Richter Carlo Ranzoni aus.

Nadiia Savchenko und Anar Mammadli in Strassburg

Am 20. Juni traf sich die ALDE-Fraktion zu einem kurzen Meinungsaustausch mit der ukrainischen Europaratsabgeordneten Nadiia Savchenko und dem aserbaidjanischen Menschenrechtsaktivisten und Václav Havel Menschenrechtspreis Gewinner Anar Mammadli.

2.4 Herbstsession vom 10. bis 15. Oktober 2016

An der letzten Sessionswoche des Jahres 2016 wurde Liechtenstein durch den Abg. Rainer Gopp als Delegationsleiter und die Abg. Judith Oehri vertreten. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger begleitet.

Behandelte Vorlagen

Die Lektionen aus den so genannten «Panama Papers» im Hinblick auf die Gewährleistung von Steuergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit

Im April dieses Jahres diskutierte die Versammlung in einer Dringlichkeitsdebatte bereits über die Affäre der «Panama Papers» welche damals für weltweites Aufsehen sorgte. Der österreichische Abg. Stefan Schennach, der im April die Einleitung zur Debatte hielt, fungierte nun als Berichterstatter. Der Bericht führt aus, wie Milliardäre, berühmte Persönlichkeiten, Kriminelle und Politiker und ihre Angehörigen aus ca. 50 Ländern über die Anwaltskanzlei Mossack Fonseca ihr Geld in Briefkastenfirmen vor dem Fiskus versteckt und angelegt hätten. Zwar gibt es legale Möglichkeiten, Geld in Steuerparadiesen anzulegen, doch erlaube die dortige Gesetzgebung vielfach die Gründung von Deckfirmen, während deren tatsächliche Eigentümer im Dunkeln bleiben würden. Diese Schlupflöcher würden rigoros zur Steuerflucht, zur Verheimlichung unrechtmässig erworbener Vermögen sowie zur Finanzierung von Terrorismus, Drogenkartellen, Einkünften aus Straftaten und Korruption genutzt. Die «Panama Papers» würden nach Ansicht des Berichterstatters aufzeigen, dass der Kampf gegen Steuerflucht und das Bemühen um steuerliche Transparenz bisher nur beschränkt erfolgreich gewesen seien.

In der Debatte forderten die Parlamentarier neue Gesetze und eine bessere Anwendung der bestehenden Gesetze um Steuerparadiese und Geldwäscherei zu verhindern. Die Bürger wollen keine juristischen Systeme mehr tolerieren, die es erlauben, die Besteuerung von grossen Unternehmen und sehr reichen Menschen leicht zu vermeiden, während sie Steuern zahlen. Weiter riefen sie die Politiker auf, mehr Transparenz in ihrer Geschäftstätigkeit zu zeigen um die Erosion des öffentlichen Vertrauens zu stoppen. Die Parlamentarier forderten weiter eine Reihe von Schritten, darunter gesunde, transparente, stabile und gerechte nationale Steuersysteme, einen besseren Schutz für Whistleblower und mehr Ressourcen für die Untersuchung von Steuerbetrug, Vermeidung und Umgehung.

Die Entschliessung wurde mit 47 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH): Auf dem Weg zu einem konkreten und erweiterten Engagement

Der Bericht zeigt auf, dass die Versammlung den mit dem Rom-Statut 1998 ge-

schaffen Internationalen Strafgerichtshof in seinem Kampf gegen Straflosigkeit von völkerrechtswidrigen Straftaten wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterstützt. Bisher haben jedoch nur 124 Staaten das Rom-Statut ratifiziert. Sechs Mitgliedstaaten des Europarats haben dies noch nicht getan. Weiter haben etliche Mitgliedstaaten das Zusatzprotokoll von Kampala mit seiner erweiterten Definition von Kriegsverbrechen und zum Verbrechen der Aggression noch nicht ratifiziert. Mehrere Länder haben die Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof sowie die Strafbarkeit der im Rom-Statut aufgezählten Verbrechen noch nicht in ihrer einheimischen Gesetzgebung verankert.

Die Entschliessung fordert die Mitgliedstaaten des Europarats, die Beobachterstaaten des Europarats, die Beobachterstaaten der Versammlung und die Staaten Partner-für-Demokratie-Status ihr Engagement für den IstGH zu bekräftigen indem sie das Römische Statut, die Änderungen von Kampala und das Abkommen über die Vorrechte und Immunitäten des IstGH unverzüglich unterzeichnen und ratifizieren.

Der Abg. Gopp bedauerte in seinem Votum, dass noch nicht alle Staaten das Rom-Statut ratifiziert haben und rief die sechs Mitgliedstaaten des Europarats – welche noch nicht ratifiziert haben – auf, eine Ratifizierung sobald als möglich nachzuholen. Weiter zeigte er sich erfreut, dass fast die Hälfte der Mitgliedstaaten des Europarats die Kampala Amendments zum Verbrechen der Aggression ratifiziert haben und forderte die weiteren Mitgliedstaaten auf, dies ebenfalls zu tun. Weiter begrüßte Gopp die Arbeit von Parliamentarians for Global Action (PGA), einem ehrenamtlichen, unparteiischen internationalen Netzwerk engagierter Abgeordneter, das Abgeordnete in allen Regionen der Welt informiert und mobilisiert, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Dabei erwähnte er auch die positive Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und PGA.

Die Entschliessung wurde mit 44 Ja-Stimmen angenommen.

Sport für alle: eine Brücke zu Gleichstellung, Integration und sozialer Inklusion

Sport spielt eine wichtige Rolle für den sozialen Zusammenhalt, indem er Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtern, Fähigkeiten und Nationalitäten oder aus unterschiedlichen Kulturen Gelegenheit bietet, sich zu treffen und auszutauschen. Allerdings ist Sport für alle noch nicht Realität, betont die Versammlung während ihrer Debatte. Die Versammlung fordert einen stärker integrierten und dynamischeren Zugang zum Sport zu schaffen, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten und durch die Schaffung wirksamer Mechanismen zur Überwachung von jeglicher Form von Diskriminierung im Sport. Die Entschliessung unterstützt die Arbeit des Erweiterten Teilabkommens des Europarats über den Sport und ermutigt das Internationale Olympische Komitee, ein umfassendes Programm zur Förderung des Sports für alle und den Kampf gegen Diskriminierung zu entwickeln.

Der Abg. Gopp äusserte sich zum Bericht positiv und unterstützte die Forderungen des Entschliessungsentwurfs, dass die Verbände die Aufgabe haben, den gleichberechtigten Zugang zum Sport auch in jenen Ländern zu fördern und einzufordern, in denen er nicht gegeben ist. Aber er fand auch kritische Worte. Er stellte fest, dass sich das Ansehen des Sports leider zusehends verschlechtere. Insbesondere das latente Problem der Korruption in oder im Umfeld von Sportverbänden und die Dopingproblematik seien schuld daran. Er betonte, dass seines Erachtens Verbände wie das IOC zu wenig dazu beitragen würden, um diesem negativen Trend entgegenzuwirken. Ebenfalls forderte er internationale Kampagnen, die jugendlichen Sportlern aufzeigen sollen, welches die Konsequenzen sein können, wenn sie dopen.

Die Entschliessung wurde mit 120 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Nach der Vorstellung des Berichts, richtete der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Thomas Bach, seine Worte an die Parlamentarier. Im Hinblick auf Frauensport führte er aus, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern keine «Frauenfrage» sei, sondern ein wesentliches «Menschenrecht von hoher Bedeutung und ein Grundprinzip der Olympischen Charta». «Wir können es uns heutzutage einfach nicht leisten, die Fähigkeiten der Hälfte der Weltbevölkerung ausser Acht zu lassen – weder im Sport noch in der Gesellschaft.» Darüber hinaus sagte der IOC-Präsident, dass «wir Fortschritte nur erzielen können, wenn wir unsere Kräfte vereinen und zusammenarbeiten. Ihre Entschliessung zum Thema ‚Sport für alle‘ ist eine gute Gelegenheit, uns die Hände zu reichen und diesem gemeinsamen Wunsch Nachdruck zu verleihen. Grundlage des Internationalen Olympischen Komitees ist die Überzeugung, dass wir die Welt mithilfe des Sports besser machen können. Doch das können wir nur gemeinsam erreichen.» Weiter sprach Bach die Mängel bei der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) beim Kampf gegen Doping an. Es sei aber nun ermutigend zu sehen, dass die WADA diese Mängel, durch die Einrichtung von Expertenkommissionen und anderen Massnahmen, zu beheben beginne. Er sprach leider nicht an, wie konkret das IOC selbst noch mehr gegen Korruption und Doping tun könne.

Die politischen Folgen des Konflikts in der Ukraine

Zum wiederholten Mal stand die Ukraine und damit auch Russland auf der Agenda der Versammlung. Der Bericht zeigt das Bedauern der Versammlung auf, dass es an der Frontlinie immer wieder Schiessereien gibt und dass es zu keinem dauerhaften Waffenstillstand und keinen nennenswerten Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens gekommen ist.

In der verabschiedeten Entschliessung, ruft die Versammlung Russland auf, die Annexion der Krim rückgängig zu machen und es der Ukraine zu ermöglichen, die Kontrolle über die Halbinsel wiederzuerlangen, seine Truppen von ukrainischem Hoheitsgebiet abzuziehen und den Separatisten kein Militärmaterial mehr zu liefern. Ausserdem verurteilt sie die Duma-Wahl, die vor Kurzem auf

der besetzten Krim abgehalten wurde, und bezeichnet sie als offensichtliche Verletzung des Völkerrechts, die im Endeffekt die Legitimität des russischen Parlaments verletze. Weiter bedauert wird, dass die Situation der Menschenrechte sich auf der von Russland annektierten Krim, verschlechtert hat. Die Ukraine wird einer Aggression von aussen nur dann standhalten und Frieden wiederherstellen können, wenn sie eine gefestigte Demokratie mit effizienten und verantwortungsbewussten Institutionen ist.

Die Entschliessung wurde mit 87 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

Redebeiträge

Während der Herbstsession waren u.a. folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt:

- Jürgen Ligi, Vorsitzender des Ministerkomitees
- François Hollande, Staatspräsident Frankreichs
- Mevlüt Çavuşoğlu, Aussenminister der Türkei
- Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats
- Pedro Agramunt, Präsident der Parlamentarischen Versammlung
- Frank-Walter Steinmeier, Aussenminister Deutschlands

Jürgen Ligi, der Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats und Aussenminister von Estland, erinnerte in seiner Rede an die jüngsten Ereignisse während des estnischen Vorsitzes im Ministerkomitee, insbesondere den Putschversuch in der Türkei. Er erklärte, dass die beiden wichtigsten Satzungsorgane des Europarats, das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung, eng zusammenarbeiten müssen, um die türkischen Behörden und das türkische Volk zu unterstützen. Im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus ermutigte Ligi die Mitgliedstaaten, die Anstrengungen zu verdoppeln, ihre Massnahmen gegen diese Geissel fortzusetzen und das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus, dessen Hauptziel es ist, dem Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer vorzubeugen und es zu bekämpfen, zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Er betonte, dass das Protokoll weltweit der einzige internationale Vertrag sei, der Rechtsinstrumente und praktische Massnahmen enthält, um dieses Phänomen einzudämmen. Ligi stellte auch die Massnahmen vor, die von Estland im Rahmen des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats – der im kommenden November endet – umgesetzt wurden. Zu den Prioritäten des estnischen Vorsitzes zählten Kinderrechte, insbesondere im Zusammenhang mit der Migrationskrise.

Ein Höhepunkt der Session war die Ansprache des französischen Staatspräsidenten François Hollande. In seiner Ansprache äusserte er seine Verbundenheit mit dem Europarat. Er führte aus, dass Frankreich dem Europarat zur Seite stehe und er sich sicher sei, dass auch der Europarat Frankreich bei allen Bemühungen die dem Frieden, der Freiheit und der Demokratie nützen, zur Seite stehe. Bezüglich Terrorismus erklärte Hollande, dass er die Demokratie auf die Probe stelle. Unsere Lebensart, unsere Freiheiten und Prinzipien seien das Ziel von Fanatikern. Weiter erinnerte er daran, dass der Europarat 2019 den 70. Jahrestag seiner Gründung begehen werde. Frankreich werde dann den Vorsitz im Ministerkomitee innehaben und sei bereit für die Veranstaltung eines vierten Gipfeltreffens und den neuen Kurs des Europarats festzulegen.

Ebenfalls mit Spannung erwartet wurde die Rede des türkischen Aussenministers Mevlüt Çavuşoğlu, ehemaliger Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Er führte in seiner Ansprache aus, dass ein wesentlicher Teil der Fortschritte der letzten fünfzehn Jahre in der Türkei dank des Europarats erzielt werden konnten. Die Türkei werde das Programm der Verfassungs- und institutionellen Reformen fortsetzen und die Empfehlungen des Europarats weiterhin berücksichtigen. Weiter in seiner Rede würdigte Çavuşoğlu die Opfer des Putschversuchs am 14. und 15. Juli 2016 und die türkischen Bürger, welche sich den Putschisten aktiv widersetzt haben. Er unterstrich, dass sich alle politischen Parteien zusammengeschlossen und den Putschversuch entschieden verurteilt haben. Der Aussenminister rechtfertigte sich abschliessend für die nach wie vor gültige Ausrufung des Notstandes, für welche die Türkei von einigen Parlamentariern auch gerügt wurde. Ebenfalls hinterfragten einige die Verhaftungswelle in den Stunden und Tagen nach dem Putschversuch. Die Geschehnisse in der Türkei werden aktuell durch den Europarat beobachtet und es wird sich zeigen, ob die parlamentarische Versammlung bereits im Januar entsprechende Massnahmen in Bezug auf die Menschenrechtssituation in der Türkei ergreifen wird.

«Menschenrechte sollten nicht verhandelbar sein – und bleiben», erklärte der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier vor den Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung. Die Menschenrechte seien kein beliebig einsetzbares Instrument auf dem Weg zum Frieden. Sie seien vielmehr das Fundament, auf das eine funktionierende internationale Ordnung gebaut sein muss. Steinmeier unterstrich, dass das Eintreten für Menschenrechte nicht im Widerspruch zum Ziel aussenpolitischer Stabilität und zum Interessenausgleich zwischen Staaten stehe. Im Gegenteil: Sie bedingen einander! Der Aussenminister führte weiter aus, dass die Welt aktuell aus den Fugen geraten sei und nannte Kriege und Konflikte rund um Europa, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, Kräfte, die am Zusammenhalt der EU zerrren – zuletzt das Brexit-Referendum –, sowie wachsende Spannungen in vielen europäischen Staaten.

Der Präsident der Versammlung, Pedro Agramunt, richtete in seiner Eröffnungsrede einen eindringlichen Appell an die Abgeordneten zur Einhaltung der Regeln, ohne dass dabei mit zweierlei Mass gemessen werde. Er rief die Ver-

sammlung dazu auf entschlossen zu reagieren, wenn jemand aufgrund seiner politischen Ansichten oder Tätigkeiten Verfolgung ausgesetzt ist; aufmerksam die Auswirkungen von Abweichungen von der Europäischen Menschenrechtskonvention aufgrund einer Notsituation zu verfolgen, ungeachtet der Gründe, die die Behörden dazu zwingen, auf eine derart schwerwiegende Massnahme zurückzugreifen; und eine Politik des Rosinenpickens bei der Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu verhindern. Außerdem warnte der Präsident davor, dass man den Bürgern nicht jedes Mal, wenn ernste und komplexe Fragen auf der Tagesordnung stehen, einfach in einem Referendum zwei oder drei Optionen zur Wahl stellen könne. Dies würde die Probleme nicht lösen, genauso wenig wie der Bau von Mauern gegen die Flüchtlingsbewegungen.

Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, hat wie bereits üblich im Rahmen der Fragestunde, Fragen der Abgeordneten beantwortet. Dabei wurde er gebeten, seine Reaktion auf das Abweichen der Türkei von Teilen der Europäischen Menschenrechtskonvention darzulegen. Der Generalsekretär erklärte, dass es keinem Land möglich ist, von der Konvention komplett abzuweichen. Von einigen Artikeln, etwa im Hinblick auf das Recht auf Leben und das Verbot von Folter, Sklaverei und Zwangsarbeit, darf in keinem Fall abgewichen werden. Er wies darauf hin, dass der Europarat in einem konstruktiven Dialog mit der Türkei stehe. Der rechtliche Schutz jener, die verhaftet und strafrechtlich verfolgt oder von ihrer Arbeit suspendiert oder entlassen wurden, müsse garantiert sein, so Jagland. Auf eine Frage über die instabile Lage in der Ostukraine führte der Generalsekretär aus, dass er am besten zu einer Lösung beitragen könne, indem er weiterhin den Minsk-Prozess unterstützt. Er erklärte, dass es wichtig sei, die Ukraine als unabhängigen Staat zu stabilisieren, besonders durch Korruptionsbekämpfung und Schaffung dezentraler Machtstrukturen durch die Verfassung. Diese Massnahmen würden das Vertrauen der Ukrainer in die Institutionen ihres Landes steigern.

Václav-Havel-Menschenrechtspreis

Der vierte Václav-Havel-Menschenrechtspreis – der herausragendes Engagement der Zivilgesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte würdigt – wurde an die jesidische Menschenrechtsaktivistin Nadia Murad vergeben. Murad nahm den mit EUR 60'000 dotierten Preis im Rahmen einer Feier am Eröffnungstag der Herbstsession entgegen.

2014 wurde Nadia Murad im Alter von 21 Jahren vom sogenannten Islamischen Staat gemeinsam mit Tausenden anderen Frauen und Kindern im Nordirak entführt. Drei Monate lang wurde sie als Sklavin gehalten und missbraucht, bis ihr die Flucht nach Deutschland gelang. Seither setzt sie sich für die Menschenrechte ein und lenkt die Aufmerksamkeit der Welt auf die Lage der Jesiden und besonders auf die sexuelle Versklavung und den Menschenhandel von Frauen und Kindern, die vom sogenannten Islamischen Staat entführt wurden.

V. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Jahr 2016 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 22'007 (Vorjahr CHF 13'379). Die Kosten für das von Liechtenstein ausgerichtete Abendessen der deutschsprachigen Delegationen beliefen sich auf CHF 3'256. Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 26'600 (Vorjahr CHF 21'400). Die höheren Auslagen sind auf eine verstärkte Präsenz während der Sessionen zurückzuführen – dies auch darum, weil es im Jahr 2016 keine «Kollision» mit Landtagssitzungen gab.

Für die Beitragskosten an den Europarat sowie für die Kosten der Ständigen Vertretung in Strassburg zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

VI. Generelle Ausführungen

1. Zusammenarbeit

Die Delegation erhielt jeweils im Vorfeld einer Sessionswoche eine Einschätzung des Ständigen Vertreters beim Europarat Botschafter Daniel Ospelt was die jeweiligen Traktanden betraf. Die Ausführungen zu den einzelnen Traktanden halfen für die Vorbereitung sehr. Ebenfalls fand jeweils eine Vorbereitungssitzung mit dem Stv. Ständigen Vertreter beim Europarat Manuel Frick statt. Dieser intensive Austausch diente auch zum Kennenlernen der Positionen unserer Regierung und floss somit jeweils in die Vorbereitung mit ein.

2. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission

Anhand der auf Seiten 8 und 9 aufgeführten Sitzungen kann für das Jahr 2016 aus liechtensteinischer Sicht folgendes festgestellt werden:

- Es wurden 75 (Vorjahr 81) Vorlagen behandelt (100%)
- Bei 17 Vorlagen war **kein** Delegationsmitglied anwesend (23%/Vorjahr 33%)
- Bei 17 Vorlagen war **nur ein** Delegationsmitglied anwesend (23%/Vorjahr 17%)
- Bei 41 Vorlagen waren **beide** Mitglieder anwesend (55%/Vorjahr 50%)

Diese Auflistung zeigt, dass die liechtensteinische Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats während 55% der Vorlagen/Abstimmungen vollständig anwesend war, eine klare Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Bei 78% der Vorlagen war zumindest ein Vertreter der liechtensteinischen Delegation anwesend, auch dies darf sicherlich positiv gewertet werden.

3. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT)

Am Ende der Legislatur ist es der Delegation nochmals wichtig zu betonen, dass in Bezug auf die Arbeit bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ein

«Minimal-Aufwand» betrieben wird. Die Änderungen in der GOLT waren ein Rückschritt für Liechtenstein. Es ist den Delegationsmitgliedern heute viel weniger möglich, eine Wirkung in Bezug auf das Aussenbild Liechtensteins mitzuprägen. Konnten früher noch Berichte im Europarat mitverfasst werden, was jeweils ein sehr positives Licht auf Liechtenstein warf, ist dies mit der heutigen Personalausstattung nicht mehr möglich. Auch können kaum Wahlbeobachtungen mitgemacht werden – meist nur, wenn der Europarat diese bezahlt. Die restriktive Haltung Liechtensteins wird in den anderen Ländern sehr wohl zur Kenntnis genommen und oft nicht verstanden – ist Liechtenstein doch das einzige Land, welches in Strassburg so verfährt. Die Delegation möchte beliebt machen, auf diese Handhabung bei Gelegenheit zurück zu kommen.

VII. Schlusswort und Antrag

Durfte ich mich drei Jahre (2013 – 2015) auch als stellvertretendes Delegationsmitglied einige Male in Strassburg einbringen, war das letzte Jahr als Delegationsleiter doch ein besonderes. Ich konnte viele interessante Gespräche in Strassburg führen. Viele Gespräche drehten sich um Inhalte der Arbeit der PV – doch wird man als Liechtensteiner auch meist auf unser Land, das Fürstenhaus, den Finanzplatz, u.a., angesprochen. Ich habe festgestellt, dass oft Vorurteile ausgeräumt und ein Mehrwert an Informationen vermittelt werden kann. Ich möchte es der neuen Delegation ans Herz legen, aktiv und selbstbewusst das Gespräch mit Abgeordneten anderer Nationen zu suchen, denn ich bin überzeugt, dass viel Positives über unser Land berichtet werden kann.

Auch im abgelaufenen Jahr, waren die Debatten dominiert durch die Themen Flüchtlinge, Syrienkonflikt, Ukraine/Russland und Berg-Karabach. Neu dazu kam die Situation in der Türkei. Wobei hier leider anzumerken ist, dass die PV bisher keine Dringlichkeit sah, dieses Thema verstärkt anzugehen und explizite Forderungen in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte an die Türkei zu richten. Es ist zu hoffen, dass sich das sehr bald ändert.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich für die grosse Unterstützung bedanken, insbesondere bei:

- Botschafter Daniel Ospelt, dem Ständigen Vertreter in Strassburg. Er war vor Ort stets mit Rat und Tat zur Seite und liess uns sehr transparent an seinem Hintergrundwissen teilhaben. Ganz besonders für die Kurzberichte mit Einschätzung zur Liechtenstein-Relevanz zuhanden der Vorbereitungssitzung waren wichtig für die Delegation.
- Manuel Frick, dem stv. Ständigen Vertreter in Strassburg für sein professionelles Einbringen der Regierungsposition, beziehungsweise der Positionen unseres Landes zu den einzelnen Themen, anlässlich der Vorbereitungssitzungen.

- Christine Arnaud für die organisatorische Unterstützung in Strassburg. Insbesondere bedanken wir uns für die tolle Mitorganisation des Anlasses für die deutschsprachigen Delegationen im Juni 2016. Sie organisierte die Sachen vor Ort perfekt.
- Sandra Gerber-Leuenberger für ihre Rundum-Dienstleistung von A-Z. Beginnend mit der Unterstützung im Vorfeld, über die Mitarbeit vor Ort, bis hin zur Unterstützung beim Erstellen des Jahresberichts. Insbesondere ihre Arbeit in Bezug auf die mediale Aufbereitung einer Sessionswoche, die Wochenberichte und die Unterstützung in Bezug auf die Rednerlisten ist für Delegationsmitglieder sehr wichtig.
- Als Delegationsleiter bedanke ich mich ganz herzlich bei meiner Delegation für ihre positive und engagierte Mitarbeit. Wir waren eine tolle, sich unterstützende Truppe, was die Arbeit vor Ort spannend und interessant machte.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2016 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Rainer Gopp

Vaduz, im März 2017